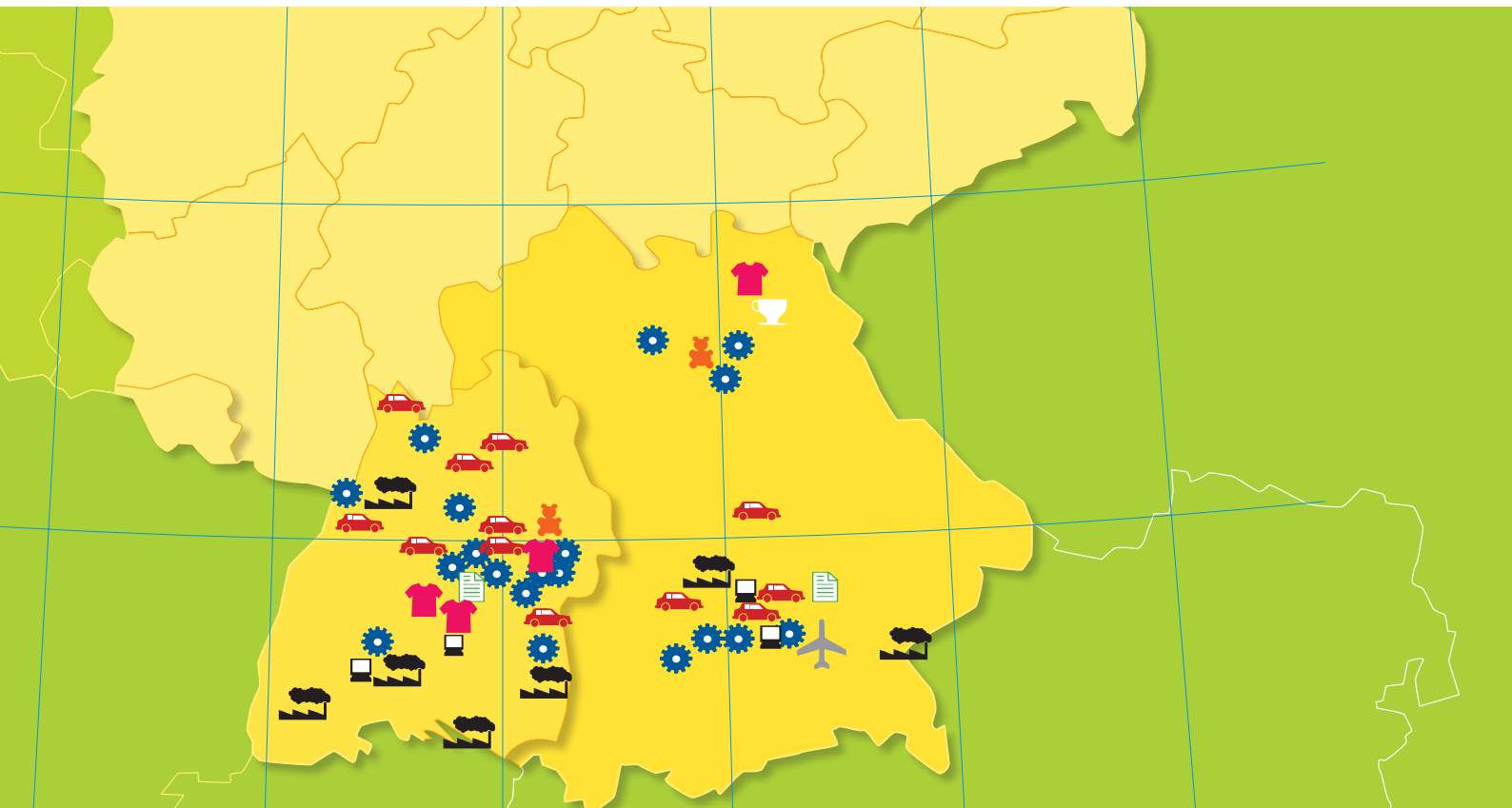


# Leuchttürme aus dem Süden?

## Industriepolitik in Baden-Württemberg und Bayern in Zeiten der Globalisierung

Bericht der Konferenz vom 27. November 2008 in Berlin



## **Impressum**

ISBN: 978-3-86872-049-5

1. Auflage  
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin  
Stabsabteilung

Autor:  
Stefan Ruwoldt

Redaktion:  
Dr. Philipp Fink, Cora M. Fritz,  
Irin Nickel

Gestaltung:  
Werbestudio Zum weissen Roessl,  
Schäpe

Druck:  
Warlich Druck Meckenheim GmbH  
Printed in Germany 2009

Fotonachweise:  
Reiner Zensen, Berlin

# **Leuchttürme aus dem Süden?**

**Industriepolitik in Baden-Württemberg  
und Bayern in Zeiten  
der Globalisierung**

# Inhalt

I.	Blick nach Süden: Die Wirtschaft Bayerns und Baden-Württembergs vor den Härten der Krise (Einleitung)	5
II.	Industriepolitik des Erfolgs – Zwei Wege: Die Instrumente und Herausforderungen für die privatwirtschaftliche Entwicklung Bayerns und Baden-Württembergs.	7
■	1. Bayern – Die Entwicklung der Industriepolitik des Landes von der Inselwirtschaft zum Cluster	7
■	2. Baden-Württemberg	11
III.	Das Instrument Entwicklungsregion – Das Beispiel „Region Schwarzwald-Baar-Heuberg“	15
IV.	Können beide Länder die künftigen industriepolitischen Herausforderungen meistern? (Ein Fazit)	17
	Anhang	
	Das Programm der Tagung	19

## I. Blick nach Süden: Zwei Wirtschaftsmusterländer – mit Potential auch in der Zukunft?

Die beiden Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahrzehnten eine stetige Entwicklung genommen hin zu modernen und leistungsfähigen Wirtschaftsstandorten mit bundesweiter Vorbildwirkung. Der anhaltende wirtschaftliche Erfolg dieser beiden Bundesländer ist dabei das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Privatwirtschaft, Landesbehörden und Verbänden. Dieses Zusammenwirken gilt vielen als Beispiel moderner Industriepolitik der bundesdeutschen Marktwirtschaft.

Der wirtschaftliche Erfolg beider Länder ist allerdings in erster Linie geknüpft an die beispielhafte Erfolgsgeschichte einiger Schlüsselbranchen wie die Automobilindustrie und der stark exportorientierte Maschinenbau. Beide sind Wirtschaftszweige, die aber derzeit ganz besonders unter der Rezession leiden. Hans Eichel, Bundesfinanzminister a.D., nennt genau diese Prägung der Industrielandschaften beider Länder eine der größten Herausforderungen für ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung: „Bayern und Baden-Württemberg sind breiter in ihrer industriellen Basis als nur Automobilindustrie und Maschinenbau. Aber die Frage ist: Reicht das?“



*Hans Eichel*

## Zwei Länder – zwei Wege zum ökonomischen Erfolg

Zunächst war in Bayern und in Baden-Württemberg die Ausgangslage sehr unterschiedlich. Während Baden-Württemberg schon nach dem 2. Weltkrieg bereits sehr stark industrialisiert und infrastrukturell erschlossen war - wodurch sich ein breites mittelständisches Fundament der Wirtschaft gebildet hatte, war Bayern bis lange nach 1945 im Wesentlichen ein Agrarland.

Die bayerische Wirtschaft profitierte dann zunächst vom Umzug vieler Unternehmer, insbesondere großer strukturprägender Firmen aus dem Osten in den Westen und später von der Unterstützung und För-

derung durch Franz-Josef Strauß und der von ihm angestrebten Ansiedlung von Unternehmen der Hightech-Branche und der Rüstung in einer Art modernem Merkantilismus. Allerdings erfuhr Bayern auch Rückschläge in seiner Entwicklung und erhielt noch bis 1992 Gelder aus dem Länderfinanzausgleich.

Diese unterschiedlichen Voraussetzungen und Wege zum wirtschaftlichen Erfolg beider Länder führten zudem zu unterschiedlichen Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen, die nun in der Finanzkrise auch auf dem Prüfstand stehen.



## II. Industriepolitik – Zwei Wege zum Erfolg!

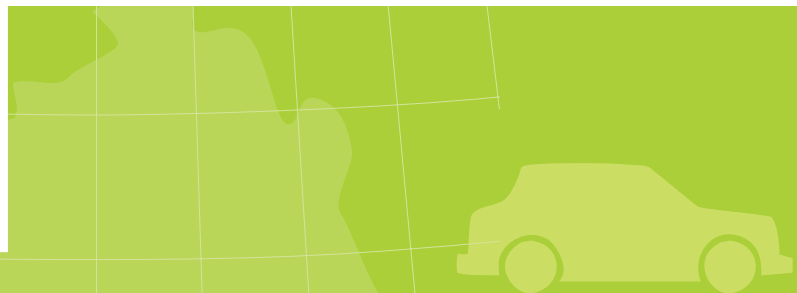
### 1. Bayern – Die Entwicklung der Industriepolitik des Landes von der Inselwirtschaft zum Cluster

Bayern steht seit nunmehr 15 Jahren für ein wirtschaftlich, wissenschaftlich und politisch beispielhaftes Gebilde, das weit in die gesellschaftliche Umgebung ausstrahlt - ein Leuchtturm einer erfolgreichen Industriepolitik.

Auch wenn vielen die industrielle Fertigung als Auslaufmodell in der Dienstleistungsgesellschaft gilt, so beweist doch ihre anhaltend dominante Rolle in der bayerischen Wirtschaft, dass sie – geführt in einer neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamik und gepaart mit einer modernen Umweltqualität - auch die gesamtwirtschaftliche Leistungsbilanz einer modernen Volkswirtschaft prägen kann.



Detlev Sträter



## Die Instrumente einer modernen Industriepolitik

Industriepolitik ist dabei heute das Zusammengehen von Technologie-, Innovations-, Struktur-, Standort-, Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Aus dem Zusammenspiel von politischen Institutionen, Programmen, Einrichtungen sowie in der Umsetzung von Unternehmen, Verbänden und Gremien mit Scharnierfunktion entsteht diese moderne Industriepolitik.

Diese institutionelle Förderung wird ergänzt und erweitert durch Beratungs- und Fördereinrichtungen zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Sie geben Hilfe und Unterstützung bei der Bewältigung des Strukturwandels und sichern mit neuen Ideen eine hohe Produktivität. Diese Instrumente aufeinander abzustimmen ist die Herausforderung moderner Industriepolitik.

Bayerns Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen zehn Jahren fast doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt gewachsen. Prägend waren dabei das verarbeitende Gewerbe und viele Neugründungen.

Für Forschung und Entwicklung werden in Bayern neben Baden-Württemberg die meisten Mittel ausgegeben. An der Spitze der umsatzstärksten Industriebranchen steht im Freistaat der Fahrzeugbau mit einem Viertel und der Maschinenbau mit einem Siebtel des Industrieumsatzes - beides deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Dieser Erfolg der bayerischen Wirtschaft hat verschiedene Faktoren. Er geht zum einen bis in die Nachkriegszeit zurück, als aus den ostdeutschen Bundesländern mehrere prägende Großunternehmen nach Bayern übersiedelten, wobei hier oft von einer „importierten Industrialisierung“ Bayerns gesprochen wird. Zum anderen war das Land in den Nachkriegsjahrzehnten frei von industriellen Altlasten aus der frühen Gründerzeit. Hinzu kam die Ansiedlung neuer Institute und Hochschulen als Magneten für Wissenschaftler und als Standortfaktoren, wie die der beiden Großforschungseinrichtungen, Max-Planck-Gesellschaft und Fraunhofer-Gesellschaft in München.

## Wirtschaftliche Vielfalt und Innovation statt Branchenklüngel und Patronage

Auf diesem Weg gelang es, neue Hightech-Industrien wie die Elektronikindustrie zu fördern. Aus den ersten Niederlassungen in den 60er Jahren entstand in den 80er Jahren eine Art Isar Valley. Dabei entwickelte sich die frühere Industriepolitik von der reinen Branchenförderung zu einer Technologie- und Innovationspolitik, von der auch junge und innovative Mittelstandsfirmen profitierten.

Unterstützt wurde dieser Weg dann nach 1990 durch die neuen Chancen der Wiedervereinigung. Das Land nutzte seine Nähe zum Osten für eine Öffnung und In-

vestitionen in Zukunftsindustrien wie in die Mikroelektronik, die Informations- und Kommunikationstechnik, die Biotechnologie und auch die Nanotechnologie.

Branchen- und Strukturkrisen und der Generationswechsel in der Regierung unterstützten die Orientierung auf neue Industriefelder und die Abkehr vom Patronagesystem. Mit dem Ministerpräsidenten Edmund Stoiber erfolgte dann die Entwicklung von einer reaktiven zu einer aktiven, von einer verwaltenden zu einer gestaltenden Wirtschaftsstruktur und Industriepolitik.



## Vom Standortmanagement zur Clusterpolitik

In den 90er Jahren legte Bayern dann zunehmend den Fokus der Gewerbeförderung und -entwicklung auf das Standortmanagement. Dazu gehörte das Programm „Standort Bayern 2000“, in dem Vorstellungen und Konzepte gefördert wurden, welche die Struktur- und Industriepolitik der letzten 15 Jahre prägten. An der Finanzierung dieses und ähnlicher Programme beteiligte sich der Freistaat mit Mitteln in Höhe von damals rund acht Milliarden Mark und finanzierte so das „offensive Standortmanagement“.

Unter Federführung der Staatskanzlei, im Verbund mit Wirtschafts-, Finanz- und Forschungsministerien arbeiteten nun Behörden, privatrechtliche Organisationen, Unternehmer und Wissenschaftler zusammen. Bei der Auflage verschiedener Investitions- und Förderprogramme wurden dabei Gremien oder auch Foren mit Scharnierfunktion einbezogen, wie etwa der Industriebeirat und der Wissenschaftlich-Technische Beirat.

Dabei erfolgte eine Konzentration international erfolgversprechender Wissenschafts- und Wirtschaftsfelder mit Förderung einer Technologiekompetenz und einer regionalen Technologieinfrastruktur.

Ab 2006 wurde dann ein neuer Förderansatz eingeführt, das Cluster. Diese Cluster sollen helfen, Kräfte zu bündeln und Wissen, Kapital und Menschen im Sinne einer optimalen wirtschaftlichen Entwicklung zusammenzuführen. Dabei sollen Neuerungen gefördert und schnell in marktfähige Produkte umgesetzt werden, Wertschöpfungsketten von Zulieferern und Dienstleistern auf- und ausgebaut werden, Kooperationen gefördert und Mitarbeiterqualifikation und -werbung erleichtert werden.

Die so genannte Clusterinitiative „Allianz Bayern Innovativ“ diente dabei zum einen der Netzworkebildung zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Dienstleistungsbetrieben und Kapitalgebern und zum anderen zur Stärkung eines regionalen Wirtschaftsverbands.

## Förderstopp oder Politikwechsel?

Die direkte staatliche Förderung von „Allianz Bayern Innovativ“ und anderen kleineren Programmen ist im Vergleich zu früheren industriepolitischen Fördermaßnahmen gering. Dies deutet auf den Politikwechsel der Staatsregierung hin, nun nicht mehr selber zu investieren, sondern Aushandlungs- und Umsetzungsverfahren zu unterstützen, also Politik, Wirtschaft und Forschung miteinander zu verzahnen. Somit wurde in Bayern mit der Installation des Clustermanagements die interventionistische Industriepolitik durch eine programmatische Wirtschafts- und Branchenentwicklung abgelöst. Ziel ist es hierbei, die Standortbindungen der Schlüsselbranchen zu erhöhen und die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu steigern.

Diese Clusteroffensive umfasst unter anderem sechs wirkliche Hightech-Cluster, zehn produktionsorientierte Cluster, sowie sechs Cluster für Querschnittstechnologien. Jede Clusterplattform unterliegt einem Clustermanagement mit guten Kenntnissen der Branche bzw. des Technologiefeldes, das fähig ist, Impulse für die Arbeit zu geben und die strategische

Ausrichtung der Clusterarbeit in Abstimmung mit der Staatsregierung zu entwickeln. Dieser Clusteransatz in Verbindung mit der so genannten Regionalsäule bildet das Programmpaket „Allianz Bayern Innovativ“. Diese bayrische Clusterpolitik zielt auf globale Markt- und Wachstumstrends und soll prüfen, ob die zu fördernden Unternehmen global wettbewerbsfähig sind und wo ihre Innovationskraft, ihre wissenschaftliche Exzellenz und ihre wirtschaftliche Exklusivität liegt.

Diese Clusterpolitik soll selektieren und Exklusivität erkennen und dabei helfen, dass die regionale Wirtschaft in einer zunehmend globalen Wirtschaftsordnung ihre lokalen Faktoren sucht und dabei Wissen, Beziehungen und Motivationen stärkt und entwickelt.

Dieser Fokus der Clusterpolitik muss allerdings auch begleitet werden von der gleichzeitigen Weiterentwicklung und Förderung eines breitgefächerten, durchlässigen Bildungssystems, einer breit aufgestellten Unternehmenslandschaft und einem Arbeitsmarkt, der unterschiedlichste Qualifikationen bereithält.

## Baden-Württemberg

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist seit Jahrzehnten geprägt von exportorientierten Gewerben und einer hohen Beschäftigungsrate. Erreicht wurde dies mit einer eher subtilen Industriepolitik. Mit

der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen insbesondere auf die exportorientierten Industrien wie die Automobilbranche steht die Wirtschaft des Landes vor einer Prüfung.

### Große Strukturunterschiede

Baden-Württemberg ist ein Land der Regionen mit einer sehr starken mittelständischen Wirtschaft, also sehr vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Das Land verfügt dabei über eine Wirtschaftsgeografie mit enormen Unterschieden. So findet man am Alprand, am Rande der Schwäbischen Alp und auch in den Tälern des Schwarzwaldes Strukturen aus der Altindustrialisierung, die noch immer große Schwierigkeiten

verursachen. So verschwand die Textilindustrie nahezu völlig und die lange prosperierende Papierindustrie kämpft mit großen Schwierigkeiten.

Auf der anderen Seite gibt es Gebiete, die man „aufgehende Sterne“ nennen könnte, so zum Beispiel das Gebiet südlich von Ulm, verbunden mit dem Landkreis Biberach oder auch den Landkreis Ravensburg.



*Peter Hofelich*

Ravensburg hat heute die niedrigste Arbeitslosen-zahl landesweit. Hier und im Landkreis Biberach profitierte die gesamte Region vom Aufschwung der Pharmaindustrie und im Ulmer Randbereich von den

wissensbasierten Branchen. Das Breisgau dagegen entwickelt sich vor allem mit seinen starken ökologisch orientierten Industrien, wie den Solartechnologien.

## Mittelstandsförderung als Stabilisator

Baden-Württemberg nahm dabei in seiner Geschichte fast immer eine nachholende Entwicklung. So kam die Industrialisierung spät und bis in die Nachkriegszeit gab es hier große arme Bevölkerungsschichten, belegt unter anderem mit einer hohen Zahl von Auswanderern nach Amerika bis weit in den Beginn des 20. Jahrhunderts.

Nach dem Krieg dann profitierte das Land von gewerblichen Umsiedlungen aus der sowjetisch besetzten Zone und dem zerstörten Berlin, wie etwa die DEHOMAG (später IBM). Eine stürmische Entwicklung startete in den Nachkriegsjahren mit der

verarbeitenden Industrie. Baden-Württemberg wurde zu einem Antreiber des Wirtschaftswunders, zum Exportland, allerdings mit einer heute sehr problematischen Fokussierung auf den amerikanischen Markt.

Die Industriepolitik war zwar immer geprägt durch eine Mittelstandsförderung, um so wirtschaftliche und soziale Strukturen zu entwickeln und zu stabilisieren. Allerdings bezogen auf ihren Anteil an Beschäftigung und am Sozialprodukt prägen Großunternehmen das Land. Dazu gehören internationale Konzerne wie Daimler und SAP.

## Im Fordergrund steht die territoriale Gerechtigkeit

Wirtschaftspolitisch ist das Land in acht Wirtschaftsräume aufgeteilt, die verwaltungspolitisch 44 Stadt- und Landkreise umfassen. Hier müssen – anders als in Bayern – immer alle bedient werden. Das so genannte „picking the winner“ wie in Bayern praktiziert, also die Förderung des Stärksten, wird in Baden-Württemberg als „strukturpolitisch unkorrekt“ betrachtet.

Im Vordergrund steht hier dagegen die territoriale Entwicklung und Förderung, wobei allerdings bestimmte Technologielinien stärker unterstützt werden. Grundsatz der Industrieförderung ist hier eine territoriale und eine Branchen-Gerechtigkeit, dass heißt, dass Regionen und Geschäftssparten unter-

stützt werden, die der Hilfe bedürfen. Ein gutes Beispiel dafür ist Ludwigsburg mit einer starken Förderung der Medien und seinen Bemühungen um den Aufbau einer Kreativwirtschaft.

Baden-Württemberg kämpft derzeit mit einem enormen Investitionsstau im Verkehr, so dass die Infrastrukturpolitik derzeit im Vordergrund steht. Das Land hatte – anders als Bayern – nicht vom Ausbau der Verkehrsachsen nach der deutschen Einheit profitieren können. Außerdem gab es auch lange eine starke Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus. So läuft die Infrastrukturpolitik des Landes systematisch und regelmäßig hinter der wirtschaftlichen Kapazität des Landes her.

## Der Mittelstand

Die Mittelstandsförderung erfolgt vor allem über Transfereinrichtungen, zu denen die Steinbeis-Zentren gehören, die sehr oft in Verbindung mit Fachhochschulen und Fraunhofer-Gesellschaften arbeiten. Hier hat die Mittelstandsförderung ihren eigentlichen Impuls. Das rein monetäre System von Mittelstandsförderung ist dabei in Baden-Württemberg nicht stark ausgeprägt, die Förderung erfolgt über den Transfer von Forschung und Entwicklung, die erreichbar ist für die mittelständische Wirtschaft.

In der klassischen Wirtschaftsförderung für Industriepolitik hat sich ein Paradigmenwechsel hin zur regionalen Förderung vollzogen. Die meisten Wirtschaftsfördergesellschaften arbeiten dabei mit drei Hauptinstrumenten: dem klassischen Standortmanagement, also dem Ausweisen von Flächen; dem Standortmarketing, also der Präsentation der eigenen Region; und der Standortentwicklung, also der Initiative, neue wirtschaftliche Aktivitäten in der eigenen Region zu erreichen. Damit ist auch ausgesprochen, dass die Wirtschaftsförderung de facto

auf der regionalen Ebene und auf der lokalen Ebene stattfindet.

Die Wirtschaftsförderung konzentriert sich dabei aber meist auf die bestehenden industriellen Kapazitäten und den Aufbau zukunftssträchtiger neuer Branchen. Ihre zentralen Instrumente sind das sogenannte Clustermanagement, die Existenzgründungsförderung und die Forschungsförderung.

Wesentlicher Teil dieser Industriepolitik ist zudem die Qualifizierung der Arbeitskräfte als zentrale Stütze für den Mittelstand. Das Berufsschulwesen, die Hochschulen und das Fachhochschulwesen des Landes bilden hier praxisnah Menschen aus und gehen mit ihren Außenstellen auch sehr stark in die Fläche. Allerdings fehlen dem Land zunehmend ausbildungswillige und ausbildungsfähige Menschen.

Baden-Württemberg hat in verschiedensten Wirtschaftsräumen de facto heute nicht nur Vollbeschäftigung, sondern auch einen Fachkräftemangel, der durch Zuzug kaum reguliert werden kann.



Baden-Württemberg verfügt über eine breite, historisch gewonnene Substanz, die sich auch weiter fortentwickelt und die auch voraussehbar für eine gute Wirtschaftsstruktur sorgt, bei der aber die Fra-

ge ist, ob sie weiterhin in der Spitze diese Rolle spielen kann. Denn es gibt keine gezielte Industriepolitik sondern eine Vielzahl von wenig abgestimmten Aktivitäten.

## Ein neuer Ansatz für die Förderung: Anschub für den Strukturwandel

Dabei braucht das Land einen Strukturwandel. Es hat derzeit den höchsten Anteil an verarbeitender Industrie unter deutschen Bundesländern, bietet damit aber konjunkturell gesehen eine hohe Volatilität. Es fehlt an Attraktivität für innovative Industrien und an Förderung von Neugründungen. So ist Baden-Württemberg landesweit bei der Gründungsintensität eines der Schlusslichter. Außerdem bedarf es einer neuen Infrastrukturpo-

litik, also einer besseren Anbindung an die großen transnationalen Netze, also die Flughäfen, die Schifffahrt, die Schnellbahnstrecken und die Autobahnen.

Baden-Württemberg wird wohl durch ein tiefes Rezessionstal gehen, weil es noch immer eine starke industrielle Ausprägung hat. Doch dieses Tal birgt Chancen für einen Wandel durch Entwicklung.



### III. Das Instrument Entwicklungsregion – Das Beispiel „Region Schwarzwald-Baar-Heuberg“

Einer der wichtigsten Wege der regionalen Wirtschaftsförderung und -Entwicklung in Baden-Württemberg ist die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftsförderungsgesellschaften und der Landesgesellschaft.

*Heinz-Rudi Link*



Die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg steht hier exemplarisch als eine von zwölf Raumordnungs- und Planungsregionen. Sie ist eine kulturell sehr gut entwickelte Region mit vielen Einrichtungen, mit sehr viel Industrie, geprägt vor allem durch die Medizintechnik und die Automobilzulieferindustrie.

#### Die Beispielregion – ein Portrait

Ein wichtiger Standortfaktor der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg ist die Landschaft, Grundlage für den gut ausgebauten Tourismus. Rund 490.000 Einwohner leben in dieser Region, wobei die Einwohnerzahl in den vergangenen 20 Jahren um etwa 10 Prozent gestiegen ist. Zu der Region gehören die drei Landkreise Schwarzwald-Baar-Kreis, Landkreis Rottweil und Landkreis Tuttlingen.

Die Gründung des Regionalverbands erfolgte bereits zu Beginn der 1970er Jahre. Träger des Verbands sind die Landkreise, Städte und Gemeinden. Die Geschäftsstelle ist in Villingen-Schwenningen angesiedelt.

Wichtigster Wirtschaftszweig der Region ist das produzierende Gewerbe. Land- und Forstwirtschaft haben keine Bedeutung. Das Dienstleistungsgewerbe ist nur wenig präsent. Das produzierende Gewerbe sorgt hier

für rund 45 Prozent der Bruttowertschöpfung. In der Wirtschaft der Bundesrepublik sind das zum Vergleich 28,8 Prozent, im gesamten Land Baden-Württemberg 37,5 Prozent.

## Die letzten Jahre – eine Zeit der Reindustrialisierung

Diese Zahl belegt eine Entwicklung. Baden-Württemberg erlebt eine Zeit der Reindustrialisierung, wobei in den vergangenen fünf Jahren ein Teil der nach Osteuropa verlagerten Kapazitäten hierher zurückkehrte, fast eine Reindustrialisierung.

Die so genannten wirtschaftlichen Cluster der Region sind die Medizintechnik, die Mikrosystemtechnik, die Automobilzulieferung und die industrielle Prozesstechnologie, also der Maschinenbau, genauer: die Drehteilindustrie.

Bei der Medizintechnik bilden die Unternehmen der Branche im Landkreis Tuttlingen das Weltzentrum der chirurgischen Instrumente, nahezu jedes Krankenhaus der Welt nutzt chirurgische Instrumente aus dem Landkreis. 30.000 Einwohner und 400 Herstellungsbetriebe für chirurgische Instrumente hat der Landkreis. Mikrosystemtechnik, Feinwerktechnik, Waffenproduktion und Metallverarbeitung sind die weiteren großen Branchen der Region. Die Stärke der Unternehmen dieser Branchen sorgen für eine hohe Beschäftigungsquote, so dass die aktuelle Arbeitslosenquote lediglich bei 2,9 Prozent liegt.

## Fast Vollbeschäftigung? - Ein Problem

Diese hohe Beschäftigungsquote ist auch das Problem, denn es weist auf einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Für die Entscheidung eines Unternehmens über die Ansiedlung ist das Potential an qualifizierten und bezahlbaren Arbeitskräften immer ein wichtiger Standortfaktor.

Es sind sehr viele kleine Dinge, welche die Vermarktungsgemeinschaft organisiert, so zum Beispiel gemeinsame Messeauftritte, unterstützt von der Landesgesellschaft Baden-Württemberg International, gemeinsame Vermarktungsaktivitäten wie Reisen ins Ausland und Vermarktungsmaßnahmen regionaler und kommunaler Leitprojekte. Ein Zusammenspiel von Landeswirtschaftsförderungsgesellschaft, den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften, den Landkreis-

wirtschaftsförderungsgesellschaften und den kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften wird oft ergänzt durch Baden-Württemberg International (BWI), dem zentralen Ansprechpartner für ausländische Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Derzeit ist einer der Schwerpunkte der Arbeit die Bestandspflege bei den angesiedelten ausländischen Unternehmen, die aus ihrer Isolation herausgeholt und eingebunden werden sollen. Dabei soll es derzeit zunächst eine gemeinsame Personalwerbung geben, also das Werben von Ingenieuren, Facharbeitern und Handwerkern. Die Existenz guten Personals ist einer der wichtigsten Standortvorteile der Region, den es zu stärken gilt – eine Aufgabe für den Regionalverband.



## IV. Können beide Länder die künftigen industriepolitischen Herausforderungen meistern?

Im Vergleich und im Förderungsansatz der beiden Länder Bayern und Baden-Württemberg schälen sich zwei idealtypische Ansätze von regionaler Industriepolitik heraus. Der eine ist das program-

matische Ansteuern von Zukunftsvisionen, Zukunftszielen oder Leitbildern, verbunden mit einer Art Umsetzungsplan für das Erreichen dieser Leitbilder.



von links nach rechts:  
Heinz-Rudi Link,  
Detlev Sträter,  
Alfred Pfaller,  
Christiane Berger,  
Stefan Albat,  
Peter Hofelich

Ein zweiter Idealtypus dieser regionalen Industriepolitik ist eine eher reaktive Politik, also eine angepasste Politik, die auf die verändernden Umstände mit der Funktion einer moderierenden Instanz reagiert, die mehrere Fäden aufgreift und Synergien schafft.

Nicht nur bei der Identifikation sondern auch bei der Analyse der Industriepolitik beider Länder offenbaren sich zwei Wege: Zum einen, wie das Beispiel aus Bayern zeigt, definiert die Orientierung an Spitzenleistungen und an Exzellenz die Industriepolitik. Zum anderen kann man an der Wirtschaftsregion Baden-Württemberg erkennen, dass das Ziel der Einbettung der Industriepolitik in die Schaffung allgemeiner Rahmenbedingungen als Basis für die industriepolitische Wirkungskette besteht und ohne die industrielle Exzellenz nicht entstehen könnte.

Ein Ideal dieser beiden Wege gibt es nicht. Es liegt das Heil ebenso wenig im Regulativ der freien Marktwirtschaft wie im alleinigen Verfolgen von Notwendigkeiten politischer Weichenstellungen. Beides stimmt. Aber es bedarf Mechanismen, die uns an die richtigen Rahmenbedingungen herantasten helfen, also Foren und Dialogformen für Auseinandersetzung und Austausch.

Schwierig stellt sich für alle Regionen der Weg dar zwischen Schaffung neuer zukunftsfähiger industrieller Kapazitäten und der Bestandspflege. Aber diese scheinbar entgegengesetzten Wege treffen sich. Denn die Strukturhaltung - also das Positionieren und Stärken von vorhandenen Produktionsstrukturen - führt nur zum Ziel, wenn diese Bestandspflege den künftigen Herausforderungen gerecht wird.

Dabei wird klar, dass das Instrument einer modernen Industriepolitik - bei allen festgestellten Unterschieden in Bayern und Baden-Württemberg - das Orientierende, das Zusammenbringende, das Moderierende ist. Diese Moderationsfunktion ist mindestens ebenso wichtig wie

die finanzielle Grundlage und die lokale und regionale Einbettung des Unternehmens, also die klassischen Bereiche der physischen Infrastruktur und des Humankapitals.

Hierbei bedarf es der Schaffung und Stärkung von Strukturen, die in der Lage sind, vorrausschauend Querschnittsthemen zu behandeln, mögliche Krisen zu antizipieren und Lösungsansätze zu skizzieren. Denn es werden immer wieder Unwägbarkeiten kommen. Zur Bewältigung solcher Unwägbarkeiten bedarf es regionaler und lokaler Konsensrunden, also es braucht weiterhin an die Herausforderungen der Zeit angepasste Dialogformen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

## Leuchttürme aus dem Süden?

# Industriepolitik in Baden-Württemberg und Bayern in Zeiten der Globalisierung

Konferenz vom 27. November 2008 in Berlin

Begrüßung

**Hans Eichel**, Bundesminister a.D.

Moderation

**Dr. Alfred Pfaller**, gesellschaftspolitischer Berater der Friedrich-Ebert-Stiftung

Vorträge

**Das Spektrum, die Instrumente und die künftigen Herausforderungen der Industriepolitik in Bayern**

**Dr. Detlev Sträter**, Institut für Medienforschung und Urbanistik, IMU München

**Das Spektrum, die Instrumente und die künftigen Herausforderungen der Industriepolitik in Baden-Württemberg**

**Peter Hofelich**, MdL Baden-Württemberg

**Das Instrument Entwicklungsregion in Baden-Württemberg: Das Beispiel der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg**

**Heinz-Rudi Link**, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schwarzwald-Baar-Heuberg mbH

Diskussion

**Können beide Länder die künftigen industriepolitischen Herausforderungen meistern?**

Mit weiteren Gästen

**Christiane Berger**, Referentin für Wirtschafts-, Regional- und Strukturpolitik, DGB Bezirk Bayern

**Stefan Albat**, stellv. Hauptgeschäftsführender und Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

**Weitere Informationen finden Sie im Internet unter  
<http://www.fes.de/stabsabteilung/>**

ISBN: 978-3-86872-049-5